

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Herausgeber:** Widerspruch  
**Band:** 9 (1989)  
**Heft:** 17

### **Buchbesprechung:** Rezensionen

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 20.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Rezensionen

---

**Andreas Gross/Roland Erne/Fitzgerald Crain/Stefan Furrer (Hrsg.): Denkanstösse zu einer anstössigen Initiative.** SozialdemokratInnen für eine Schweiz ohne Armee. Realotopia Verlag, Zürich 1989 (340 S., br., 29 Fr.).

Mit der GSoA-Initiative ist die Sozialdemokratie als Regierungspartei zu einer Grundsatzdebatte herausgefordert. Auf den ausserordentlichen Parteitag vom 3. Juni 1989 hin erschienen, manifestieren sich in diesem Buch mit Beiträgen von 35 Autorinnen und Autoren die pazifistischen, religiös-sozialistischen und antimilitaristischen Strömungen der SPS als Stachel innerhalb einer Partei, die sich laut Programm zur Friedensbewegung bekennt und gleichzeitig „von der Einsicht in die Notwendigkeit der Armee“ spricht. Diesen Parteikonsens aufzubrechen und „eine andere, radikalreformerische Sozialdemokratie im Hinblick auf eine andere, solidarische Schweiz“ zu erkämpfen, sind die Unterstützerinnen und Unterstützer der GSoA-Initiative in der SP angetreten.

„Denkanstösse“ liest sich stellenweise als Abrechnung mit einer zaghafte Friedenspolitik der SPS, die mit ihren Abrüstungsforderungen – von einer Plafonierung der Militärausgaben über die Forderungen nach der Abschaffung der Militärjustiz und der Einführung des Rüstungsreferendums bis zur Schaffung eines Zivildienstes oder eines unabhängigen Friedensforschungsinstitutes – immer wieder an innerparteilichen Konflikten gescheitert oder am helvetischen Armee-Konsens abgeprallt ist. Diesem „Marsch durch die Divisionen“, wie es *Hans Fässler* formuliert, wird eine Absage an die Sicherheits- und Militärpolitik gegenübergestellt. „Angst machen zählt

nicht!“, ruft *Barbara Kehl* den Militärstrategen zu.

Den Spuren des Antimilitarismus in der hundertjährigen Parteigeschichte geht *Andi Gross* in einem langen, historischen Beitrag „Die Bedeutung der ‚Schweiz ohne Armee‘ in der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung“ nach. Aufgearbeitet wird der Wandel der Parteiposition von einer relativ unkritischen Armeebejahung im Programm von 1888 über die Ablehnung der militärischen Landesverteidigung am Parteitag von 1917 bis zur Zustimmung zum nationalen Armeekonsens 1935, begründet mit der Abwehr des drohenden Faschismus. Parallel zur „staatssozialistischen“ Tendenz eines Hermann Greulich – der Sieg des Sozialismus wird erst den Krieg überflüssig machen – entwickelte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine „libertär-anarchistische“ Richtung in der Sozialdemokratie, vertreten etwa von James Guillaume („den Staat zerstören und die Armee abschaffen“ war seine Vision) und Charles Naine, der 1904 in einem aufsehenerregenden Prozess wegen Dienstverweigerung verurteilt wurde. Leonhard Ragaz, der Begründer der religiös-sozialen Bewegung, und Jules Humbert-Droz sind in der ersten Jahrhunderthälfte Genossen, die innerhalb und ausserhalb der SP antimilitaristische Politik in der Schweiz prägten. Ragaz lancierte anfangs 1926 die Idee einer sozialdemokratischen Armeeabschaffung, eine Initiative, die bereits am Parteitag vom November 1926 abgeschmettert wurde. Stellten in den 20er Jahren Bürgertum und Linke zwei „friedenspolitische Kulturen“ dar, so sieht Gross im Beschluss von 1935, besiegt 1939 mit dem Leitsatz der SPS-Führung, „Volk und Armee sind ein und dasselbe“, den Auftakt zur „Eiszeit“ nach dem Zweiten Weltkrieg. In

der Nachkriegszeit ortet er nur „punktuelle Fixierungen der einzelnen friedenspolitischen Bewegungen“. Ausgeklammert werden in dieser ersten Geschichtsschreibung des Programms „Schweiz ohne Armee“ die konkrete friedenspolitische Arbeit, die Positionen der SPS in der Atomwaffenfrage oder beim Rüstungsreferendum.

Angriffig und in lebendiger Polemik entgegnet Gross in einem anderen Beitrag einigen GSoA-Kritiken, die von „links der politischen Mitte“, von der Poch, den Grünen und von SP-Zentristen geltend gemacht werden. „Politische Schizophrenie“ und „helvetische Politart“, die Gross seinen Gegnern attestiert, bleiben dem „realpolitischen Sinn konkreter Utopien“ und dem „emanzipatorischen Politikverständnis“ der GSoA-Initiative entgegengesetzt.

Ein dreifaches Ja zur GSoA-Initiative bezieht *Willy Spieler*, Redaktor der „Neuen Wege“, aus der Tradition des religiösen Sozialismus, dessen „Lebenswurzel“, wie Ragaz 1933 schrieb, der „sozialistische Antimilitarismus“ ist. Das politische Ja sieht Spieler in der aktuellen internationalen Konstellation begründet: Die Schweiz – als „De-facto Mitglied der NATO“ – kann militärisch in einem europäischen Krieg *nicht* verteidigt werden. Dass ein Nein zur Initiative die Schweizer Armee in der bestehenden Struktur bestätigt, nimmt er zum Ausgangspunkt für ein strategisches Ja zur Initiative und fasst damit den breiten Protest gegen die Armee präzis und überzeugend zusammen. Die Absage an demokratiefeindliche Tendenzen und an den helvetischen Militarismus – es geht um den „Grundwiderspruch zwischen Armee und Demokratie“ – eröffnet die Chance zu einem herrschaftsfreien Diskurs über eine „neue Schweiz“ und stellt das Konkordanzprinzip grundsätzlich in Frage: „Wer wirklich eine andere Schweiz will, kann nicht bestehendes Gegenteil wollen: das Konkordanzsystem und die Armee, die es schützt.“ Für Spieler „blockiert“ die Armee „den schweizerischen

Weg zum Sozialismus.“

Einem bisher unverbrüchlichen Element in der Grundausstattung des schweizerischen und herrschenden Konsenses widmet sich der Historiker *Jakob Tanner*: Die „bewaffnete Neutralität“ helvetischen Zuschnitts sei als Anachronismus zu verabschieden. In der internationalen Ordnung nach dem Wiener Kongress von 1815, auf die die Epigonen eines völkerrechtlichen Zwangs zur bewaffneten Verteidigung der Schweiz sich beziehen, „kam das Ansinnen, die Schweiz habe kräftig aufzurüsten, von aussen.“ Eine nichtmilitärische Vorstellung von Neutralität – der Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit – habe bis weit ins 19. Jahrhundert hinein die Politik der Schweiz geprägt. Gegen internationalistische Forderungen der Linken und als ein Auffangen der „Entzauberung der Welt“ durch den Modernisierungsprozess sei an der Jahrhundertwende mit Aufrüstung und Militarisierung die schweizerische Politik auf einen „abwehrenden integralen Nationalismus“ verengt worden. Tanner erschliesst Perspektiven für eine Neuorientierung einer Neutralitätspolitik, die als Abbau der Militärneutralität verstanden wird, mit welcher die Stabilität der „neokolonialen Wirtschaftsmacht“ Schweiz immer wieder in Verbindung gebracht wird.

Das Buch schliesst mit 25 *friedenspolitischen Thesen* für ein sozialdemokratisches JA zur GSoA-Abstimmung, zum Teil fixiert auf die Parteifrage, in vielen Punkten aber über die Frage „SP und Armee“ hinauszielend. Ausgangspunkte sind die Unführbarkeit eines Krieges in Europa, die Notwendigkeit einer nicht-militärischen Antwort auf heutige Bedrohungen, die Chance des Kleinstaates, „neue Wege zu gehen“. Als konkretester Vorschlag gilt der eines freiwilligen zivilen Dienstes; struktureller Gewaltabbau und der Einsatz der Armee-Milliarden zur Bekämpfung des Hungers in der Welt sind programatische Zielsetzungen. So könnte, laut GSoA-Thesen, die Sozialdemokra-

tie „ein inspirierender Teil der Reformbewegungen bleiben“. Die Thesen drohen als Wunschvorstellungen etwas neben die realen Auseinandersetzungen zu rutschen. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bietet sich ange-

sichts der dürftigen friedenspolitischen Programmatik ihrer Partei jedoch ein grosses Feld für zukunftsweisende Aktivitäten.

**Toni Bernet**

**Kein Ort für Frauen – immer weniger.** Wider den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung. Hg. v. Frauenstelle f. Friedensarbeit cfd, Leonhardstr. 19, 8001 Zürich, 1989 (56 S., br., Fr. 8.-)

In immer mehr Bereichen werden Frauen zu Leistungen im Dienste der (staatlichen) Sicherheit aufgefordert: Katastrophenhilfe, Koordinierte Seelsorge, Grenzwachtkorps, Feuerwehr, Gemeindesicherheitsdienst. Der Militärische Frauendienst (MFD) ist angesichts all dieser „Möglichkeiten“ fast nur noch ein zwar traditionsträchtiges, aber ein wenig obsolet gewordenes Relikt, ähnlich wie die Armee gegenüber dem immer ausgeklügelteren Gesamtverteidigungsapparat.

Folgerichtig setzt die als Dokumentation und Argumentenkatalog konzipierte Broschüre „Kein Ort für Frauen – immer weniger“ auch nicht primär bei der Armee-Frage an, sondern bei der für Frauen weit relevanteren Gesamtverteidigung, deren durchgeplantes System ein ausführliches Kapitel der Rezendentin (Stella Jagher) behandelt. Der zunehmende, nicht nur feministische Widerstand gegen den schleichen den Einbezug der Frauen in diese „Sicherheitspolitik“ – eine Kopfgeburt der patriarchalen Ideologie sondergleichen – ist ja lange vor der Armeeabschaffungsdebatte entstanden. Angefangen hat er bei der Verwerfung eines Verfassungsartikels zur Einführung eines Zivilschutzobligatoriums für Frauen 1957, besonders aktuell geworden ist er mit der Vernehmlassung zum sog.

„Meyer“-Bericht 1983. Die Geschichte der Pläne zur Militarisierung der Frauen wird von *Carmen Jud* aufgerollt und detailliert dokumentiert bis hin zur jüngsten Offensive, die in der Schaffung einer „Frauenförderungsstelle“ bei der Zentralstelle für Gesamtverteidigung gipfelt.

Der Titel der Broschüre kann aber auch doppelsinnig verstanden werden: Nicht nur ist die „Gesamtverteidigung“ kein Ort für Frauen, sondern Sicherheitsanliegen von Frauen haben keinen Ort in diesem staatlichen Verteidigungsapparat. Die wirklichen Bedrohungen für Frauen – Vergewaltigungen, Misshandlungen, Inzest, Sexismus, Frauenvermarktung in Werbung und Wirtschaft, Gentechnologie usf. – können in Gesamtverteidigungs-Szenarien erneut verdrängt werden. Nach *Susanne Zbinden*, die über die Bedrohungsvorstellungen der Gesamtverteidigung informiert, soll es laut dem neuesten „Meyer“-Bericht im Zivilschutz einen „Bedarf“ von 110 000 Frauen geben für „frauenspezifische“ Dienste vorab im Gesundheitswesen. Scharfsinnig weist *Ruth Gurni* das in diesem Bericht vorliegende Verständnis von Gleichberechtigung zurück, welches auf der Grundlage von „Gleiche Rechte – gleiche Pflichten“ das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung untergräbt.

Es genügt nicht, wenn wir Frauen uns aus den geplanten militarisierten „Strukturen“ heraushalten; zu nahe läge der Schluss, dass Frauen an den kriegerischen Sandkastenspielen keinen Anteil hätten. Die weibliche Friedfertigkeit ist, wie *Regina Rodmann* zeigt,

ein Stolperdraht, der schon seit dem 1. Weltkrieg weiten Teilen der Frauenbewegung zum Verhängnis wurde. In einem historischen Rückblick erinnert sie deshalb an die Frauen-Friedensbewegung von Lysistrata über Bertha von Suttner bis hin zur Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und zur proletarischen Frauenbewegung mit Clara Zetkin und Rosa Luxemburg. Der Begriff der Frauen-Emanzipation

ist sehr unterschiedlich verstanden worden – bis heute! „Friede“ im Patriarchat ist Krieg gegen Frauen, die Bedrohung alltäglich! Was ansteht, ist ein mutiges und phantasievolles Heraustreten aus den staatlich aufgezwungenen Rollen der friedliebenden, pflegenden Frauen, die den zerstörerischen, aggressiv-herrschaftlichen Militarismus des Mannes vermenschlichen sollen.

**Stella Jegher**

**Rudolf Epple-Gass: Friedensbewegung und direkte Demokratie in der Schweiz.** Frankfurt am Main 1988, Verlag Haag+Herchen, (345 S., Fr. 48.—.)

In seiner Dissertation „Friedensbewegung und direkte Demokratie in der Schweiz“ untersucht Rudolf Epple-Gass acht in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg lancierte friedenspolitische Initiativen. Es sind die drei „Chevalierinitiativen“ (für die Herabsetzung/Begrenzung der Militärausgaben und für soziale Sicherheit und internationale Solidarität), die zwei „Atominitiativen“ (gegen die atomare Rüstung der Schweiz), die Waffenaustrichverbotsinitiative sowie die zwei Zivildienstinitiativen.

Das Werk ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil werden sorgfältig und ausführlich die Werdegänge der einzelnen Initiativen geschildert: Anlass, Initiativkomitee, Lancierung, Unterschriftensammlung, Einreichung, Reaktion seitens der Behörden, (ev.) Abstimmungskampf, Abstimmung und Ergebnisse.

Im zweiten Teil untersucht Epple die Wirkungen der Initiativen: Vorwirkungen, direkte (Nach-)Wirkungen, indirekte Wirkungen. Die indirekten Wirkungen erscheinen in der politolo-

gischen Forschung als ausschlaggebend für die positive allgemeine Einschätzung von Initiativen. Epple teilt diese Einschätzung in bezug auf die Friedensinitiativen nicht. Er zeigt auf, dass keine der acht Initiativen irgendwelche direkten oder indirekten Wirkungen für sich verbuchen kann. Er geht sogar noch weiter und stellt fest, dass die Friedensbewegung geschwächt wird, indem sie zum Mittel der Initiative greift. Die „Einheit der Materie“, die es zu berücksichtigen gilt, zwingt eine begrenzte, „von Zusammenhängen abstrahierende Argumentation“ auf und koppelt die eigentlichen längerfristigen Perspektiven ab. Die „Kanalisierung des Protest auf institutionelle und vom Gegner besetzte Wege, nimmt ihr die Möglichkeit, Form, Ebene und Dynamik einer politischen Auseinandersetzung selbst zu bestimmen.“ Das Mittel der Initiative nötigt im weiteren der Bewegung zentralistische und hierarchische Organisationsstrukturen auf. Diese wie auch die nach den Urnengängen einsetzenden Demobilisierungsprozesse schwächen die Friedensbewegung.

Im dritten Teil versucht Epple die geringe Wirkung der friedenspolitischen Initiativen staatstheoretisch zu erklären. Ausgangspunkt ist das der materialistischen Theorie verhaftete Modell einer in der Schweiz unvollständig verlaufenen „ursprünglichen“ Direktion“

(„das Zerbrechen der unmittelbaren Einheit von politischer und ökonomischer Macht“). Dezentraler Aufbau des politischen Systems, Milizsystem sowie die direktdemokratischen Elemente kennzeichnen die Unvollständigkeit der Direktion. Erhalten wird dadurch „die korporative Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben“. Die integrative Wirkung solcher Strukturen wirkt auch auf die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zurück. Der Staat anderseits eignete sich einen Umgang mit Initiativen an, der gewisse Versäumnisse der ursprünglichen Direktion nachholt (Zentralisierung). Epple prägt dafür den Begriff „Puffersystem“ und meint den flexiblen Umgang der Behörden mit den Initiativen, die durch wohldosierte Konzessionen unschädlich gemacht werden.

Epples abschliessende, pessimistische Einschätzung der möglichen Wirkungen von friedenspolitischen Initiativen darf nicht als Votum gegen das Instrument der Initiative schlechthin verstanden werden. Tiefgehende und langdauernde Militarisierung der Gesellschaft, im „Kollektivbewusstsein der Schweiz“ festgeschriebene Strukturen, „brauchen mehr als verbale Auseinan-

dersetzung und Argumente bei einer Unterschriftensammlung und in einem Abstimmungskampf, um sie aufzubrechen. Es braucht «Gegenerfahrung», «Lernschritte zur Gewaltlosigkeit». Solche Gegenerfahrungen vermittelten Initiativen nicht. Epple sieht die Zukunft der Friedensbewegung in der Beschreitung neuer Pfade, im Ausprobieren neuer Inhalte und neuer Organisations- und Aktionsformen, wie sie an satzweise von der „Neuen Friedensbewegung“ in den Jahren 1981 bis 1984 beschritten wurden.

Ruedi Epples Dissertation ist mehr als eine blosse politologische Untersuchung der erwähnten acht Initiativen. Sie versteht sich als „praxisorientierte Friedensforschung“, die dazu beitragen soll, die politische Praxis der Friedensbewegung effizienter zu gestalten. Darüber hinaus stellt sie einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der schweizerischen Friedensbewegung seit dem 2. Weltkrieg dar. Schliesslich erachte ich sie als Leitfaden für einen reflektierten, kritischen Umgang mit dem Initiativrecht überhaupt und damit für die gesamte politische Linke als von hohem Wert.

**Stephan Appenzeller**

**György Széll (Hg.): Rüstungskonversion und Alternativproduktion.**  
Alternative Wirtschaftspolitik 6. Argument-Sonderband 118. Hamburg/Berlin: Argument-Verlag 1987. (168 S., br., 16,80 Fr.)

Der Band enthält in der Form eines Readers Beiträge von prominenten (Ulrich Briefs, Mike Cooley, Ken Coates, György Széll) und weniger bekannten Aktivisten und Wissenschaftlern aus der internationalen Friedens- und Gewerkschaftsbewegung. Die Lektüre zeigt, dass im Vergleich zur BRD und

zu Grossbritannien die Diskussion und insbesondere die Praxis in den übrigen Ländern, aus denen hier berichtet wird (Österreich, Frankreich, Belgien, Italien), noch in den Kinderschuhen steckt.

Einen fortgeschrittenen Stand hat die Konversionsdiskussion und -praxis in Grossbritannien erreicht. Das in diesem Zusammenhang unvermeidliche Stichwort Lucas Aerospace nimmt Mike Cooley in seinem Beitrag auf („Technologie, Gewerkschaften und menschliche Bedürfnisse“). Er stellt aber auch den Aufbau eines Netzes von Produktionseinrichtungen in Gross-London

vor, in denen eine Reihe neuer Produkte entwickelt und hergestellt wird.

Auch in der *BRD* liegen einschlägige Erfahrungen vor. Eckart Hildebrandt (Wissenschaftszentrum Berlin) geht in seinem Aufsatz auf die Beispiele Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Krupp und Blohm&Voss ein („Rüstungskonversion, alternative Produktion und Gewerkschaften in der Bundesrepublik“).

Allgemeinere Gesichtspunkte thematisieren Briefs und Széll in ihren Beiträgen. Ulrich Briefs („Zum Stand der Diskussion über Alternativproduktion und Rüstungskonversion in westdeutschen Gewerkschaften“) weist u.a. darauf hin, dass Rüstungskonversion in eine breit angelegte *Produktionspolitik* eingebettet werden müsse. Eine so verstandene und praktizierte Rüstungskonversion und Alternativproduktion könne helfen, neue qualitative Gesichtspunkte (Selbstbewusstsein und Qualifikation der Produzenten, Umweltverträglichkeit der Produkte) in der gewerkschaftlichen Diskussion und Politik zu fördern.

Széll bringt diesen Aspekt auf den Begriff der „*politischen Konversion*“ („Statt ökonomischer ist eine politische Konversion notwendig“). Dabei gehe es vor allem um die *Lernprozesse*, die während der Debatten über die Umorientierung der Produktion und die damit zusammenhängenden Fragen (z.B.: Was sind „sozial nützliche Produkte“? Wo besteht eine Nachfrage nach ihnen und wie kann diese gedeckt bzw. geweckt werden? Was ist „demokratische Technik“?) ablaufen. Széll

versteht diese Lernprozesse als konkrete Chancen, die oft geforderten Verbindungen zwischen Arbeiter-, Friedens- und Umweltbewegung zu realisieren.

Eine solche Umschreibung des Themas scheint mir ein geeigneter Ausgangspunkt für die Weiterführung der Debatte auch in der *Schweiz* zu sein. Bei uns fehlen bekanntlich konkrete Erfahrungen mit Konversionsprojekten fast ganz. Das mag unter anderem damit zu tun haben, dass bis anhin die sozialen Kosten von Krise und Umstrukturierungen in weit höherem Massse als in anderen europäischen Ländern auf gewerkschaftlich nicht oder nur schwach organisierte Schichten (Ausländer, Frauen) abgeschoben werden konnten und dass deshalb wichtige Anstösse für entsprechende Projekte (massenhafte Arbeitslosigkeit z.B.) fehlten. Im Zuge der ökologischen Diskussion (Chemische Industrie), fundamentaler Neuorientierungen der Produktionsprozesse („Umrüstung“ der Maschinenindustrie in Richtung High-Tech) oder der Armeedebatte, welche die Rüstungsindustrie im engeren Sinne betrifft, wird es aber auch für die sozialen Bewegungen in der *Schweiz* zunehmend wichtig sein, in gesamtgesellschaftliche Vorstellungen eingebettete konkrete Ideen für Rüstungskonversion und Alternativproduktion zu entwickeln und in die Tat umzusetzen. Dazu kann der Argument-Sonderband wichtige Anregungen vermitteln.

**Peter Farago**

**Rudolf M. Lüscher: Henry und die Krümelmonster.** Versuch über den fordistischen Sozialcharakter. konkursbuch Verlag Claudia Gehrke, Tübingen 1989, (296 S., Fr. 38.—)

Endlich erschienen! Sechs Jahre nach Rudolf Lüschers Tod – und nachdem ei-

ne thesenhafte Rohfassung in ‘Widerspruch’ 11/86 veröffentlicht wurde – ist nun seine letzte und wohl wichtigste Arbeit zugänglich. Was für ein Buch! Der Titel „Henry und die Krümelmonster“ ist kein Werbegag. Er signalisiert ein Querdenken, dem kein Bereich des Alltags zu gering ist. Dennoch erwartet uns ein Buch voll unzeitgemässer Ge-

lehrsamkeit, die sich nicht um die disziplinierten Grenzen akademischer Areale schert und bewusst zwischen feministischer Forschung und sprachanalytischer Philosophie, zwischen Rockmusik und bürgerlichem Bildungsroman, zwischen Industriesoziologie und historischer Sozialforschung umherwandert. Nicht Spitzwags Bücherwurm, sondern Benjamins Flaneur tritt uns entgegen. Ein komplizierter Text wird nicht zuletzt durch die eingestreuten Fussnoten zu einer überraschenden und vergnüglichen Lektüre.

Aber unzeitgemäß wirken nicht nur Stil und Gestus des Buches. Das Thema selbst erscheint obsolet, geht es doch um eine materialistische Analyse des gegenwärtigen Sozialcharakters, seine Entstehungsbedingungen und Zersetzungstendenzen. Feiert heute nicht ein vorgeblich gesellschaftlich unbeschwerter Individualismus fröhliche Wiederkehr, der den Blick auf gesellschaftliche Fesseln blamiert: Lebensstil- statt Klassenanalyse? Rückblickend herrscht an Zeitdiagnosen kein Mangel, die über den jeweiligen Sozialcharakter spekulierten. Erinnert sei nur an die „einsame Masse“ aussengeleiteter Individuen bei David Riesman, an Herbert Marcuses „eindimensionalen Menschen“ oder in jüngerer Zeit an den narzisstisch reduzierten „neuen Sozialisationstyp“ (Thomas Ziehe) oder Christopher Laschs angstgebeuteltes „minimal self“. Waren dies nicht zumeist Diagnosen „contre coeur“, Menetekel, von denen die Verfasser hofften, sie möchten nicht eintreten, und von deren Prägekraft sie sich auch nicht angekränkelt fühlten? Entgeht Lüschers Versuch dem schnellen Verschleiss und der „Zeitgeist“-Falle solcher Ansätze, und worin bestehen die Qualitätskriterien seiner Argumente?

Lüscher knüpft in seiner Analyse von Subjektprägungen an einen Vergesellschaftungsbegriff an, der in der dominierenden Produktionsweise den zentralen Schlüssel zum Verständnis auch der scheinbar individuellsten Lebensäußerungen sieht. Der „Henry“ des Titels ist kein anderer als der Automobil-

bauer Henry Ford, dessen auf taylorisierter Fliessbandarbeit basierende Fabriken, verknüpft mit dem Sozialmodell vergleichsweise hoher Löhne und dem dadurch stimulierten Massenkonsum, bereits in der Zwischenkriegszeit quer durch alle politischen Lager faszinierten (erinnert sei nur an Antonio Gramsci einerseits und den faschistischen Wirtschaftstheoretiker Gottl-Ottlilienfeld andererseits). Die Prinzipien des „Fordismus“ prägten als Pax Americana die Entwicklung der avancierten kapitalistischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg. Lüscher lässt offen, wie umfassend und gleichförmig sich „der“ Fordismus als neue kapitalistische Vergesellschaftungsform wirklich durchgesetzt hat. Stattdessen geht er von den Grundstrukturen des Fordschen „Projekts“, von Henrys „Traum“ aus, um aus dessen Verknüpfungen, seinen Produktions- und Konsumstrukturen fiktiv jenen Menschentyp zu rekonstruieren, den er voraussetzt und modelliert.

Der analytische Bezugspunkt „Fordismus“ ist aus heutiger Perspektive überraschend anschlussfähig. Die von Frankreich ausstrahlende „Regulationsschule“ (Michel Aglietta, Robert Boyer, Alain Lipietz u.a.) hat eine Fülle von empirischen Bestätigungen dafür zusammengetragen, dass wir – bei allen nationalen Unterschieden – mit einem Recht von einem dominierenden fordistischen Akkumulationsregime sprechen können. Lüschers Arbeit könnte aktuell dazu beitragen, die ökonomistische und institutionelle Blickverengung in der Regulationsdebatte zu korrigieren und „Fordismus“ zu einem gesellschaftsanalytischen Begriff auszubauen.

Die jeweiligen Formen von Produktion, Konsum und Familie als Prägestöcke individueller Vergesellschaftung zu begreifen, unterscheidet sich wohltuend von jenen Ansätzen, die ausschliesslich Veränderungen in spezifischen Sozialisationsinstanzen – wie Familie, Schule oder Massenmedien – ins analytische Blickfeld rücken. Nun setzt sich jeder Versuch, individuelle und ge-

samtgesellschaftliche Strukturen aufeinander zu beziehen, Mikro- und Makroanalyse zu vermitteln, leicht der Reduktionismus- bzw. Ableitungsgefahr aus. Lüscher entgeht dieser Falle durch mehrere Vorkehrungen. Zunächst betont er immer wieder den spekulativen Charakter seiner Analyse: „Eine Fiktion schiesst über die Empirie hinaus, aber nicht ins Blaue“ (32): „Fordismus“ ist kein *Perpetuum mobile*, sondern eine widerspruchsreiche historische Formation. Systematische Widerspruchssannahmen, gespickt mit historischen Erläuterungen lassen das Spannungsverhältnis zwischen Individuen und Vergesellschaftungsform bestehen. Es droht keine neuerliche Version der „oversocialized conception of man“. Dies belegt bereits die zentrale These des Buches: „Wenn es ein gesamtgesellschaftlich wirksames Fordsches Projekt gäbe, müsste es die Strukturen von Personen grundlegend ändern, und an eben dieser Veränderung müsste es in die Krise geraten.“ (29)

Im Nachweis und in der Systematisierung solcher Widerspruchsmomente und Zumutungen liegt das zentrale analytische Verdienst des Buches. Die fordristische Revolutionierung der Produktionsform bringt Kontroll- und Autonomieverluste im Arbeitsprozess, beschleunigt die Monetarisierung des Alltags, befestigt Asymmetrien im Geschlechterverhältnis, forciert die unentgeltliche Haushaltsproduktion von Frauen, entshädigt mit einem Konsumhunger, der die Arbeit madig macht, schleift traditionale Lebensweisen und Orientierungen ab. Lüscher macht plausibel, dass jenes Repertoire an stabilen Handlungsorientierungen, die das fordristische Projekt benötigt, nicht bzw. nur schwerlich aus seinen Basisinstitutionen reproduziert werden kann. Es entstehen vielmehr „Krümelmonster“, die zum gesellschaftlichen Krisenherd avancieren: „Der Erfolg des Fordismus bemisst sich an der Produktion eines neuerungsfreudigen und verzichtfeindlichen Sozialcharakters, der den Fordismus tendenziell unter

nicht erträglichen Erfolgsdruck setzt.“ (240)

Lüscher erzählt weder eine Zerfalls geschichte, noch setzt er auf das stete Wirken des Maulwurfs. Arkadische Trugschlüsse sind ihm fremd: „Die kulturkritische Neigung, das fordristische Projekt als Projekt der kulturellen Verelendung zu konstruieren, verwechselt die Lebensgestaltungschancen der bürgerlichen Oberschicht im 19. Jahrhundert mit denen der proletarischen Massen“ (115). Sein Massstab ist Handlungsfähigkeit, d.h. die Fähigkeit, begründbare und verantwortbare Ziele zu verfolgen, sie entlang von Erfahrungen zu überprüfen und auf diesem Wege Identität und Individualität auszubilden. Ein so emphatisch gefasster Handlungsbegriff hat keine Konjunktur: „Dass wir handeln könnten, klingt uns zugleich nach Zumutung und einem gebrochenen Versprechen“ (117). Wir sind sehr umfassend davon institutio nell entsorgt und entlastet. Die (Rück-) Gewinnung von Handlungsfähigkeit stellt dennoch die einzige emanzipatorische Perspektive für den kriselnden fordristischen Sozialcharakter dar. Hoffnungsvolle Aufbrüche in diese Richtung sah Lüscher in der „Zürcher Unruhe“ von 1980/81. Er vermeidet aber einen optimistischen Schlussakkord, indem er vor allem regressive Krisen „lösungen“ aufspiesst: den therapeutischen Authentizitätskult, die Theatralik der Alternativszene und andere regressive Selbstfindungsversuche. Hoffnungsvoll erscheint er lediglich dort, wo er autoritären und konservativen Lösungen wenig Chancen einräumt. Das Beschwören einer „Schicksalsgemeinschaft“ habe bei den „Krümelmonstern“ keine Aussicht auf dauerhaften Erfolg.

Lüschers Versuch einer Mikroanalyse des Fordismus ist in vielem fragmentarisch geblieben. Gerade weil es keine entsprechenden Ansätze gibt, die sein Vorhaben weiterführen, ist die vorliegende Veröffentlichung so nachhaltig zu begrüßen – auch wenn der Text (noch) voller Mängel steckt (etliche

Verweise und Literaturangaben konnten nicht ergänzt werden, an vielen Stellen wären weitere Erläuterungen vonnöten, das „Krümelmonster“ hat allzuvielen „Üs“ beim Weg von der Diskette zum gedruckten Buch verschluckt).

Aus heutiger Sicht liesse sich vieles ergänzen und verbessern; so bieten z.B. die Arbeiten von Haunshell und Lacey detailliertere Materialien zum historischen Fordismus. Über einen, mir zentral erscheinenden, Einwand hätte ich gerne mit Ruedi Lüscher gestritten. Wäre es nicht angemessener, die gegen-

wärtigen Krisenprozesse, auch die auf der Ebene der Subjekte und sozialen Bewegungen, in der Perspektive eines heraufziehenden neuen Vergesellschaftungstyps zu analysieren? Müssen wir nicht mit einem Postfordismus rechnen, der das analytische Konstrukt des Fordismus, die dort eingelagerten Vertrautheiten noch einmal gründlich durcheinanderwirbelt? Das von Lüscher bevorzugte Bild eines sich durchsetzenden Fordismus wäre dann nicht mehr in allen Dimensionen angemessen.

**Roland Roth**

## **Französische Revolution: Kontroversen. Bibliographische Notizen**

Die *nationale* Identitätssuche der Franzosen und Französinnen im Fundus der Historie mag uns fremd sein – doch die Revolution von 1789 ist auch ausserhalb Frankreichs wieder ein Thema. Denn die *politische* Matrix all jener Begriffe und Konzepte, die sie entwarf, beschäftigt uns heute wieder.

Das Erklärungsmuster, das seit der Zwischenkriegszeit bis in die Mitte der 60er Jahre den Diskurs über die Französische Revolution dominiert hat, war ein marxistisches: „Die Französische Revolution“, so formulierte *Albert Soboul*, „stellt in der Tat eine klassische bürgerliche Revolution dar: Der Klassenkampf brachte in der Hauptsache die kapitalistische Bourgeoisie und die Feudal aristokratie miteinander in Konflikt.“ (Soboul 1956) Für Soboul, bis 1982 Professor an der Sorbonne und Kopf der sogenannten „jakobinischen“ Schule der Revolutionsforschung, war die Revolution jener historische Moment, als in Frankreich die Bourgeoisie „das gesellschaftliche System der Feudalreaktion“ zerschlug und auf dessen Trümmern die bürgerliche Gesellschaftsordnung und die kapitalistische

Produktionsweise etablierte. Soboul war der Erforscher der Sansculotten, jener mehrheitlich selbständigen Pariser Handwerker und Händler, welche die bewaffneten Teile der städtischen Volksrevolution stellten und in den Jahren 1792-94 den Gang der Revolution stark beeinflussten.

Gegen die marxistische Sichtweise haben zuerst angelsächsische Historiker mit aller Schärfe ihrer skeptisch-empiristischen Polemik reagiert. Berühmt wurde die Antrittsvorlesung von *Alfred Cobban* am University College London im Mai 1954 mit dem provokativen Titel: „The Myth of the French Revolution“ (Cobban 1955). Für ihn war die Gesellschaftsordnung des Ancien Régime mit dem absolutistischen Zentralstaat, dem ausgedehnten bürgerlichen wie auch bäuerlichen Grundbesitz und dem parasitären Hofadel längst nicht mehr feudal wie im Mittelalter. Die Abgaben und Grundrechte, welche die Bauern den Landbesitzern zu bezahlen hatten, seien de facto schon Teil käuflicher Eigentumstitel geworden. Als die Bauern im Juli 1789 die bürgerlichen und adligen Landbesitzer mit ihrer teilweise blutigen Revolte bedrohten, und der Adel in der Assemblée Nationale während der berühmten

Nacht des 4. August auf seine Privilegien verzichtete, habe man de facto nur einige veraltete Formen von Eigentumsrechten geopfert.

Cobban, der die berühmte „Revision“ des „jakobinischen“ Revolutionsbildes eingeleitet hatte, konnte sich gerade in diesem Punkt auf keinen geringeren als *Georges Lefebvre* stützen, den überragenden Kopf dieser Schule, Lehrer von Soboul. Für Cobban war der Angriff des Bürgertums keine soziale Revolution, sondern erstens der Aufstieg einer neuen politischen Elite und der Kampf gegen einen parasitären Hofadel, dem alle Posten im Verwaltungsapparat des absolutistischen Staates vorbehalten gewesen waren; und zweitens: „Politically it (die Rev., phs.) replaced the divine right of the king by the divine right of the people“.

Elitetheorie und Kritik am „divine right of the people“ sollten in Zukunft den „revisionistischen“ Diskurs massgeblich bestimmen, der sich mit dem Erscheinen von „*La Révolution Française*“ von *François Furet* und *Denis Richet* 1965/66 nun auch in Frankreich selbst Gehör verschaffte. Die Gesamtschau der Revolution, die Furet/Richet vorlegten, wird der eher bürgerlichen Schule der „*Annales*“ (F. Braudel, E. LeRoy Ladurie u.a.) zugerechnet, die mit seriellen Methoden die „lange Dauer“ der „stummen“ Geschichte (Mentalitäten, Preisreihen, Sterblichkeit etc...) untersucht. Dieser Zugehörigkeit zum Trotz ist ihr Buch aber eine traditionell erzählte Ereignisgeschichte, die die innovativen Forschungs- und Darstellungsmethoden der „*Annales*“ kaum aufzunehmen vermochte. Aufsehen erregte vielmehr, dass hier konsequent die These vertreten wurde, die Revolution sei in ihren Anfängen (bis 1791) ein liberaler Reformlauf der aufgeklärten Eliten aus dem Bürgertum, dem Adel und dem Klerus gewesen, ein Reformlauf, der das Prinzip des Privilegs bekämpfte und durch das Prinzip der Rechtsgleichheit ersetzte. Nur das war die „bürgerliche Revolution“; folglich gab es eine zweite Revo-

lution der städtischen Massen und eine dritte der Bauern (eine These, die sich übrigens schon bei Lefebvre findet). In der Logik dieser Sichtweise lag dann auch die Behauptung des „Abgleitens“ der bürgerlich-liberalen, politischen Revolution in die Volksrevolution der Sansculotten und der mit diesen verbündeten Montagnards im Konvent: „Die Revolution kommt vom Wege ab“, lautete das Urteil.

*François Furet* hat seine Kritik am „jakobinischen“ Revolutionsverständnis als einer „lenino-populistischen Vulgata“ und als „revolutionären Katechismus“ später noch sehr deutlich akzentuiert (Furet 1971); interessanter war dann für die Forschung aber sein langer Aufsatz „Die Revolution ist beendet“, den er 1978 in „*Penser la Révolution Française*“ veröffentlichte. Hier hat Furet, der selbst kaum je empirische Quellenforschung geleistet hat, sondern sich als Interpret auf Sekundärliteraturbasis versteht, eine gegenüber dem Buch von 1965/66 wesentlich modifizierte Auffassung der revolutionären Ereignisse vorgetragen. Das heisst vor allem, dass er die heftig kritisierte These vom „Abgleiten“ der Revolution völlig fallen liess – eine These, die dem republikanischen Selbstverständnis des „*la Révolution est un bloc*“ (Clemenceau) so sehr widersprach – und nun die Zeit zwischen 1789 und 1794 wieder als Einheit betrachtete.

Das Einheitliche besteht laut Furet nun im Prozess der Revolution selbst: „Was die Revolution als Ereignis kennzeichnet, ist eine Modalität des geschichtlichen Handelns; es ist eine Dynamik, die man politisch, ideologisch oder kulturell nennen kann“ (Furet 1978). Furet wendet sich gegen den Versuch, die Revolution als Ereignis gleichsam mechanisch aus den Ursachen und Umständen, wie sie am Ende des Ancien Régime bestanden haben, ableiten zu wollen. Wo früher das absolute Recht des Königs geherrscht habe, entfalte nun der Rekurs auf das absolute Recht des Volkes seine Ansprüche (man erinnert sich an Cobban). „Von

nun an gehört die Legitimität (und der Sieg) denen, die symbolisch den Willen des Volkes darstellen und denen es gelingt, seine Forderungen zu monopolisieren. Es ist ein unvermeidliches Paradoxon der direkten Demokratie, dass (...) der Wille des Volkes stets mit der Macht zusammenfällt“ – Ergo: „Zwischen der Einberufung der Generalstände und der Diktatur des Wohlfahrtsausschusses ist dieselbe Dynamik am Werk“, und man müsse „die Schreckensherrschaft auf solche Weise aus dem Diskurs der Revolution ableiten“.

Es ist eine der Ironien der wechselseitigen Geschichte der Revolutionshistoriographie, dass es ausgerechnet der Nachfolger Sobouls auf dem Lehrstuhl für Revolutionsgeschichte an der Sorbonne und Marxist *Michel Vovelle* ist, der die von der „revisionistischen“ Kritik in den Vordergrund gehobenen Aspekte am klarsten gesehen hat und mit grossem Erfolg tatsächlich bearbeitet. Das beste Buch über die Revolution (und ihre Geschichtsschreibung) auf dem deutschsprachigen Markt stammt aus seiner Feder: „Die Französische Revolution. Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten“ (1979) – ein Buch übrigens, das bezeichnender Weise im Frankreich der „Jakobiner“ und „Revisionisten“ nicht publiziert wurde, sondern zuerst in Italien, und 1982 in der Bundesrepublik Deutschland erschien. Hier hat Vovelle seinen mentalitätshistorischen Ansatz und das daraus entstandene neue Bild der Revolution erstmals im Zusammenhang dargestellt. Vovelle, der wie die „Annales“-Historiker serielle Untersuchungen im Feld der „verborgenen Geschichte“ unternahm, und der – eine grosse Ausnahme – das Ancien Régime ebensogut kennt wie die Revolution, zeigt, wie das Ereignis der Revolution über den Begriff der „revolutionären Mentalität“ völlig neu erfasst werden kann: kollektive Ängste, wie sie die Bauern im Juli '89 quälten, die Septembermorde (1792) provozierten und in der „Terreur“ als „kontrollierte, be-

herrschte Angst“ wirken... Dann aber auch etwa seine Untersuchungen der „neuen Werte: das Volk, die Gleichheit, das Glück“, der symbolischen Bedeutung der Gewalt, der Feste, der Religion, des Alltags, bis hin zu den „neuen Wahrnehmungsweisen des Raumes und der Zeit“. Die in solchen Forschungen rekonstruierte neue (politische) Kultur, welche mit der Revolution auf die Bühne tritt, war nicht nur eminent wirkungsmächtig für die revolutionäre Dynamik, sondern scheint auch der Revolution erst den Charakter einer historischen Zäsur gegeben zu haben. Wenn dies richtig ist, dann ist das Feld der Revolutionsforschung nach der „revisionistischen“ Provokation und dank den Forschungen Vovelles jetzt wieder weit offen. Vielleicht wird es so möglich, das Ereignis ‚Revolution‘ aus seiner sozio-ökonomischen Umklammerung zu lösen, welche dieses beinahe in den langfristigen strukturellen Wandel aufzulösen drohte, und uns eine völlig neue Lesart der klassischsten aller Revolutionen zu eröffnen.

**Philipp Sarasin**

**Cobban Alfred, 1955:** The Myth of the French Revolution. London; reprint in: Eberhard Schmitt (Hg.): Die Französische Revolution. Anlässe und langfristige Ursachen. Darmstadt 1973.

Furet François/Richet Denis, 1965/66: Die Französische Revolution, Paris; deutsche Ausgabe: Frankfurt/M. 1968.

**Furet François, 1971:** Der revolutionäre Katechismus, Paris (Annales – Economies. Sociétés. Civilisations, Bd. 26); deutsch in: Eberhard Schmitt: Die Französische Revolution, Köln 1976.

**Furet, François, 1978:** Die Französische Revolution ist beendet, Paris (in: ders.: Penser la Révolution Française); deutsch in: ders.: 1789 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1980.

**Furet, François/Ozouf, Mona, 1989:** Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution. 2 Bde. Frankfurt/M.

(erscheint im Herbst).

**Lefebvre, Georges, 1939:** Quatre-vingt-neuf, Paris; erste deutsche Ausgabe unter dem Titel: 1789 – Das Jahr der Revolution, München 1989.

**Soboul, Albert, 1956:** Zum Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, Paris (La Pensée, 65); deutsch in: I.A. Harting (Hg.): Geburt der bürgerlichen Gesellschaft: 1789.

Frankfurt/M.

**Soboul, Albert, 1989:** Die Grosse Französische Revolution. Sonderausgabe. Frankfurt/M.

**Vovelle, Michel, 1979:** Die Französische Revolution. Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten (Originaltitel: Breve storia della rivoluzione francese), Rom; deutsche Ausgaben: München 1982, Frankfurt/M. 1985.

**Die Französische Revolution 1789 – 1989.** Revolutionstheorie heute. Hg. v. Institut f. Marx. Studien. J.H. v. Heiseler, Jahrbuch 14, Frankfurt 1988 (530 S. Fr. 44.—).

Mit über dreissig Beiträgen und Bilddokumenten (so vom Maler der Revolution Jacques L. David) versammelt dieser Diskussionsband bekannte Historiker und Historikerinnen marxistischer Provenienz. Thematisch breit angelegt wird Einblick in den aktuellen Stand der Revolutionsforschung gegeben, in einen Forschungsprozess, dem es an Spannung nicht fehlt. So interveniert denn dieser Band, gewissermassen ein „Anti-Furet“, in die laufenden Kontroversen der Vergleichenden Revolutionsgeschichtsschreibung. Wie *W. Markov*, der Nestor der zeitgenössischen materialistischen Revolutionsforschung, konstatiert, wurde in Frankreich die Revolutionsgeschichte „zum getreuen Indikator der jeweiligen politischen Standorte und Klassenauseinandersetzungen“. Und nach wie vor ist dem so; dies zeigt *C. Mazauric* in seinen Überlegungen zur „Konstituierung der herrschenden Klasse“. Der Streit zwischen den Anhängern der neoliberalen, „revisionistischen“ Historiographie und der neojakobinischen, „republikanischen Historiographie“ zwingt zur gegenseitigen Kenntnisnahme und Über-

prüfung der eigenen Forschungstradition. Dazu äusserst informativ sind *M. Vovelles* Darstellungen der verschiedenen „Schulen“, ihrer „Verirrungen“, „Skrupeln“ und forschungsleitenden Aspekten (biographische Annäherung, Wiederentdeckung des Politischen). So lässt sich, nach Vovelle, Furets Versuch, in der „jakobinischen Konzeption der Volkssoveränität“ die „Matrize des Totalitarismus“ zu sehen, kaum begründen. Auch *W. Goldschmidt* bearböhnt und widerlegt die strategischen Interpretationsansätze Furets in einer systematischen Untersuchung von Marx' und Engels' Aussagen zur Französischen Revolution.

Die Resultate der „Leipziger Schule“ (Markov) breitet *M. Kossok* in seiner „Positionsbestimmung“ aus. „Heroische Illusion“ des „guten“ *Citoyen*, „Grösse und Begrenztheit der bürgerlichen Revolution“ diskutieren *K. Holzapfel/M. Zeuske* und *D. Losurdo*; sie rollen die Debatten in der Jakobinerforschung auf, ohne aber die Kritik der „Jakobinerdiktatur“, der robespierristischen „politischen Emanzipation“, wie sie etwa in den Frühschriften von Marx vorliegt, auf Fragen der Demokratietheorie zu beziehen. *D. Boris* versucht in einer vergleichenden Analyse „jakobinischer Situationen“, Entwicklungspotentiale in Revolutions- und Befreiungsprozessen in der Dritten

Welt (Vietnam, Bolivien, Kuba) zu skizzieren. Die Kontinuität des revolutionären Bündnisses von radikaldemokratischen, kleinbürgerlichen Kräften mit städtischen und ländlichen Volksmassen gelingt mit oder scheitert unter anderem an der Agrarreform, nicht zuletzt an der Eigentumsfrage.

Im revolutionären Frankreich, 1792 durch das „reaktionär-monarchistische Europa“ (Lenin) zum „gerechten Ver-

teidigungskrieg“ gezwungen, entstehen, so *E. Dähne* und *J. Reusch*, alle Strukturelemente der „modernen Kriegsführung“ und des revolutionären „Volkskriegs“. Aus Saint-Justs „leidenschaftlichem Kämpfer“ schuf Napoleon Bonaparte den militärischen Typus des diszipliniert funktionierenden Soldat-automaten – folgenschwer bis heute.

**P.F.**

## Hinweise

**Marat, Jean Paul: Ich bin das Auge des Volkes.** Ein Portrait in Reden und Schriften. Hrsg. v. Aglaia I. Hartig. Wagenbach, Berlin 1987 (158 S. Fr. 15.—)

Arzt, Naturwissenschaftler, Philosoph und politischer Schriftsteller, die Stimme des Volkes – Marat, der sich selbst als die „Kassandra der Revolution“ sah bis zu seiner Ermordung 1793 durch Charlotte Corday und als „heiliger Revolutionär“ weiterlebte.

**Mandel, Ernst: Das Gorbatschow-Experiment.** Ziele und Widersprüche. Athenäum, Frankfurt 1989 (288 S. Fr. 35.—)

Die Krise der sowjetischen Gesellschaft greift die Grundlagen der Bürokratieherrschaft selbst an. Ist die Perestrojka mehr als „effiziente Nutzung von Marktmechanismen im Rahmen der Planwirtschaft“? Ist ein Ausweg aus den inneren Widersprüchen der Perestrojka in Sicht, eine auf „Selbstverwaltung der Produzenten beruhende und durch sozialistische Demokratie mit unbegrenzter Öffentlichkeit und Mehrparteiensystem gestützte Planwirtschaft“?

**Haug, Wolfgang Fritz: Gorbatschow.** Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken. Argument, Berlin 1989 (478 S. Fr. 31.30)

Gibt es eine Theorie, eine Philosophie der Perestrojka? Welche politischen Kräfte und Ziele artikulieren sich in ihr? Haug analysiert Hunderte von Quellen, philosophische, politische und ökonomische Diskussionen, die die Perestrojka konstituieren und begleiten bis März 1989. Was bedeutet die Perestrojka für die Erneuerung des Marxismus (nicht nur) in der Sowjetunion?

**Hoessli, Andreas: Planlose Planwirtschaft.** Krisenzyklus und Reformmodelle in Polen. Mit Dokumenten im Anhang. Junius, Hamburg 1989 (363 S. Fr. 53.40)

Faktenreiche und systematisch-historische Analyse der Ursachen der Krise in Polen am Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre. Wie entstand gegen den bürokratischen Zentralismus und seinen wirtschaftlichen Zusammenbruch die unabhängige Gewerkschaftsbewegung, die „Solidarnosc“? Hat Selbstverwaltung in Polen eine Zukunft?